

BESCHLUSSBUCH

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

JUSOS DÜSSELDORF
07.04.2022



Inhaltsverzeichnis

A1 Stellungnahme der Jusos Düsseldorf zur Aufrüstung der Bundeswehr und zur aktuellen Situation in der Ukraine	3
A2 Umstrukturierung der Jusos Düsseldorf Kommunikationskanäle	6

1 **A1 Stellungnahme der Jusos Düsseldorf zur Aufrüstung der Bundeswehr und**
2 **zur aktuellen Situation in der Ukraine**

3 **Antragssteller*innen: Vorstand der Jusos Düsseldorf**

4

5 Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Putins auf die Ukraine, sowie die
6 Unterdrückung der nach Frieden strebenden, demonstrierenden Russ*innen aufs Schärfste
7 und fordern eine sofortige Beendigung dieses Krieges und der Unterdrückung. Wir
8 solidarisieren uns mit allen Ukrainer*innen die für ihre Freiheit kämpfen, den
9 Demonstrierenden in Moskau und in ganz Russland und bewundern ihren Mut, sowie ihre
10 Entschlossenheit, sich gegen Krieg und für Demokratie und Frieden einzusetzen.

11

12 Die Jusos Düsseldorf begrüßen die Handlungsentschlossenheit der Bundesregierung, sehen
13 die geplanten Ausgaben für die Bundeswehr jedoch kritisch.

14

15 Zum einen soll der Rüstungsetat der Bundesrepublik Deutschland noch im Jahr 2022 auf
16 über 2% angehoben werden. Diese Anhebung geht auf einen gemeinsam festgelegten
17 Richtwert der NATO-Staaten aus dem Jahr 2002 zurück, welchem auch die Bundesrepublik
18 zugestimmt hat, was jedoch nicht vertraglich und somit auch nicht verbindlich festgehalten
19 wurde. Daher erfüllten 2020 auch lediglich 1/3 aller NATO-Staaten das Zwei-Prozent-Ziel,
20 davon viele jedoch auch nur, weil ihr BIP durch die Pandemie stark gesunken ist. Wir Jusos
21 sind ein antimilitaristischer Verband, der sich für angemessene Ausrüstung statt Aufrüstung
22 einsetzt. Eine Erhöhung auf über 2% des Bruttoinlandproduktes würde bedeuten, dass
23 Deutschland auf den dritten Rang der Länder, mit den höchsten Rüstungsausgaben,
24 aufsteigen würde. Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee und die Bundesrepublik
25 setzt sich auch weltweit für militärische Abrüstung ein. Wie passt das zusammen?

26

27 Zudem verfügt Deutschland über einen ähnlich hohen Rüstungsetat wie Frankreich. Es stellt
28 sich die Frage, inwieweit die Bundeswehr mit einem solchen Etat in einem so schlechten
29 Zustand sein kann und ob es letztlich nicht doch weniger an zu geringen finanziellen Mitteln
30 liegt, sondern viel mehr an Fehlinvestitionen und Misswirtschaft im
31 Verteidigungsministerium.

32

33 Zum anderen will die Bundesregierung der Bundeswehr ein Sondervermögen von 100
34 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Diese Investition allein für militärische Aufrüstung
35 sehen wir kritisch. Erstens bedeutet die Erhöhung des Rüstungsetats auf über 2% eine
36 deutliche, jährlich erfolgende Finanzspritze für die Bundeswehr. Zweitens stellen wir infrage,
37 inwieweit die 100 Mrd. in der jetzigen Situation hilfreich sind und inwiefern eine Investition
38 dieser Größenordnung zu den allgemeinen Abrüstungsforderungen der Regierung passt.
39 Drittens sehen wir, wie bereits angeklungen, große strukturelle Mängel bei der Bundeswehr,
40 weshalb eine solche Investition zum falschen Zeitpunkt kommt und unseres Erachtens nach,

41 diese Mängel nicht beseitigt. Die finanzielle Organisation der Bundeswehr bedarf einer
42 Generalüberholung. Es sollte also geklärt werden, was genau die Bundeswehr zur Erfüllung
43 ihrer Aufgaben benötigt und wie viel Geld sie dafür tatsächlich braucht. Dies halten wir für
44 deutlich effektiver als die Ausschüttung einer solchen Summe, ohne konkrete
45 Investitionsplanung. Zudem sollte aufgearbeitet werden, inwiefern Gelder bei der
46 Beschäftigung von Beratungsunternehmen eingespart werden können, da diese an anderer
47 Stelle sichtlich besser investiert sind. Wie Bundesfinanzminister Christian Lindner nun
48 ankündigte, sollen bis 2026 auch 200 Mrd. Euro für die Energiewende bereitgestellt werden.
49 Wir begrüßen diese Investition, möchten jedoch bei beiden Vorhaben ausdrücklich
50 hervorheben, dass dadurch nicht in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und dem
51 Sozialsystem gespart werden darf. Gerechter Fortschritt gelingt nur, wenn alle daran
52 teilhaben. Weder in der Vergangenheit noch jetzt oder in der Zukunft ist der Zeitpunkt blind
53 aufzurüsten. Zu viele Fragen sind offen und zu viele Eventualitäten nicht geklärt. Auch das
54 Problem des Rechtsextremismus in der Bundeswehr ist noch nicht gelöst.

55

56 Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht stellte am 14. März einen „Drei-Punkte-
57 Plan“ für die Bundeswehr vor, welcher die oben genannten Mängel thematisiert. Uns ist
58 bewusst, dass die Bundeswehr besonders materiell in einem desaströsen Zustand ist. Wir
59 begrüßen daher das Vorhaben der Verteidigungsministerin, diesen Zustand schnellstmöglich
60 zu ändern und die Mängel zu beheben. Wenn Deutschland seine sicherheitspolitische Rolle
61 in der NATO und in Europa vernünftig ausführen will, braucht die Bundeswehr
62 funktionierende und für unsere Soldat*innen sichere Ausrüstung. Inwiefern die nun bekannt
63 gewordene, geplante Anschaffung von F-35 Kampffjets dazu zählt, bleibt eine offene Frage.

64

65 Wir möchten zudem betonen, dass diese Investitionen jetzt nichts zur Verbesserung der
66 Situation für die Menschen in der Ukraine beitragen und auch bei der Bundeswehr erst in
67 mehreren Jahren sichtbar sein werden. Die größte anzunehmende Gefahr in unserer Zeit ist
68 eine atomare Eskalation. Alle Anstrengungen sollten daher auf das Unterfangen gerichtet
69 werden, diese zu verhindern und langfristig dafür zu arbeiten, dass sämtliche Nuklearwaffen
70 abgerüstet werden.

71

72 Wir fordern die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, vor allem auf
73 diplomatischem Wege, um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine
74 zu beenden. Sanktionen, welche besonders Putin und seine verantwortlichen
75 Regierungsmitglieder treffen, befürworten wir ausdrücklich. Die sich über den ganzen
76 Globus erstreckende Einigkeit und Solidarisierung mit der Ukraine erfreut uns und wir
77 danken all jenen, die sich in dieser Zeit für die Ukraine einsetzen, spenden und helfen.

78

79 Abschließend verurteilen wir die rassistischen und diskriminierenden Vorfälle an der
80 polnisch-ukrainischen Grenze. Jeder oder jede die nun aus der Ukraine flüchtet ist ein
81 Kriegsflüchtling. Ungeachtet ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religionszugehörigkeit. Wir
82 fordern deshalb die Bundesregierung auf, so viele Geflüchtete wie möglich aufzunehmen.

83 Dieser Grundsatz sollte jedoch nicht nur heute gelten, sondern immer, wenn Menschen in
84 Not sind. Das Recht auf Asyl sollte für alle Geflüchteten gelten und auch so durchgesetzt
85 werden.

86

87 **A2 Umstrukturierung der Jusos Düsseldorf Kommunikationskanäle**

88 **Antragssteller*innen: Vorstand der Jusos Düsseldorf**

89

90 Seit geraumer Zeit wird bei den Jusos Düsseldorf diskutiert, welche Kommunikationskanäle
91 genutzt und wie verwendet werden sollen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt dient als digitale
92 Kommunikationsplattform vor allem, neben einer Informationsgruppe auf WhatsApp und
93 den Social-Media-Kanälen, die App „Slack“, über welche nicht nur Neumitglieder die
94 Möglichkeit haben sich vorzustellen, Delegierte von Konferenzen berichten können, sondern
95 über welche auch eine Vernetzung der Arbeitskreise stattfinden und ein Raum für
96 Diskussionen gegeben sein soll.

97

98 Nach eingehender Beobachtung und Einschätzung des Vorstandes ist vor allem Letzteres
99 jedoch nicht der Fall. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen erschwert die
100 Kommunikation über verschiedene Kanäle eine strukturierte und für alle nachvollziehbare
101 Zusammenarbeit. Zum anderen ist zu beobachten, dass durch die Menge an Informations-
102 und Kommunikationskanälen, Slack als Plattform in den Hintergrund gerückt und besonders
103 für neue Mitglieder eher verwirrend ist, auch da es in seiner Gesamtheit inzwischen wenig
104 genutzt wird.

105

106 Aufgrund dieser Feststellungen ist es das Anliegen des Vorstandes eine zugänglichere
107 Alternative, vor allem für den digitalen, diskursiven Austausch der Jusos, zu schaffen.

108

109 Der Vorstand schlägt daher vor:

110

111 - 1. Die Schaffung einer Diskussions-Gruppe auf WhatsApp, welche unter Rücksicht auf
112 die Netiquette-Regeln der Jusos Düsseldorf genutzt werden darf. Der Vorstand behält
113 es sich dabei vor, die Einhaltung dieser Regeln zu kontrollieren und bei mehrfachen
114 oder eklatanten Verstößen, die Konsequenz eines Ausschlusses aus dieser Gruppe zu
115 ziehen. Als Jusos verstehen wir uns als feministischen, anti-rassistischen, anti-
116 faschistischen und offenen sowie toleranten Jugendverband. Auch sollen unsere
117 Gruppen ein Safe Space für alle Mitglieder, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe
118 oder sexueller Orientierung, sein. Der Vorstand bittet dahingehend die Mitglieder
119 dies bei jedweder Diskussion zu schätzen und zu wahren.

120

121 - 2. Eine unbefristete Deaktivierung der Kommunikationsplattform „Slack“. Der
122 Vorstand ist sich dabei bewusst, dass für die Kommunikation der Arbeitskreise, für
123 die Vorstellung der Neumitglieder, sowie für die Berichte der Delegierten eine
124 Plattform wegfällt. Langfristig soll daher ein neues Kommunikationskonzept
125 ausgearbeitet werden, welches effektiver und zugänglicher genutzt werden kann.
126 Der Vorstand ist dabei sehr erfreut über Vorschläge und Ideen der Mitglieder.

127

128 - 3. Um die Deaktivierung von Slack zu kompensieren, sollen die WhatsApp Kanäle
129 umstrukturiert werden. Die aktuell bestehende „Jusos Düsseldorf“ Gruppe wird
130 daher zur Diskussionsgruppe umgewandelt und eine weitere, neue Gruppe
131 geschaffen, welche die aktuelle Funktion dieser übernimmt. Die neue Gruppe soll
132 ausschließlich zum Teilen von Informationen durch den Vorstand, der SprecherInnen
133 der Arbeitskreise und von Delegierten nutzbar sein. Neumitgliedern möchten wir die
134 Möglichkeit einer Vorstellung in der Diskussionsgruppe geben.